

Von Kultur für Alle zum Cultural Green Deal

Christian Steinau

Vorbemerkung

Das 21. Jahrhundert ist vom Kampf gegen die Klimakrise geprägt. Ideen eines *Green Deals*, wie ihn beispielsweise die Europäische Union (Europäische Kommission 2019) oder Autor*innen wie Naomi Klein (Klein 2019) und Jeremy Rifkin (Rifkin 2019) vorschlagen, gehen von gigantischen Investitionen in Mobilitäts-, Strom- und Gebäudeinfrastruktur aus, um den Folgen des menschengemachten Klimawandels zu begegnen.

Abb. 1: Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez spricht im Februar 2019 vor dem Capitol Building über den Green New Deal



Quelle: Wikimedia Commons CC BY 2.0

Im Angesicht der anstehenden Transformation hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft sieht sich auch die Kulturpolitik mit der Herausforderung konfrontiert, ei-

gene Konzepte zu entwickeln. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens (VN 2015) zu erreichen, müssen in allen Gesellschaftsbereichen Maßnahmen ergriffen werden. Dies betrifft auch den Kulturbereich von Filmproduktionen und kultureller Bildung über Museen und Theatern bis hin zu Videospielen und audio-visuellen Streamingangeboten.¹ Auf europäischer Ebene setzt sich beispielsweise ein breites Bündnis für einen *Cultural Deal for Europe* ein.² Aber auch auf Bundes- und Landesebene entstehen Ideen, die ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit ins Zentrum kulturpolitischer Leitbilder rücken.³

Der Beitrag schlägt vor, an bestehende kulturpolitische Leitbilder wie die Formel »Kultur für Alle« (Hilmar Hoffmann) anzuknüpfen, diese aber vor dem Hintergrund der notwendigen öko-sozialen Transformation in Auseinandersetzung mit dem Klimawandel weiterzuentwickeln. Hierzu bietet sich die Ergänzung des *Green Deal* durch spezifische kulturpolitische Forderungen oder gar die Entwicklung eines eigenen *Cultural Green Deals* an.

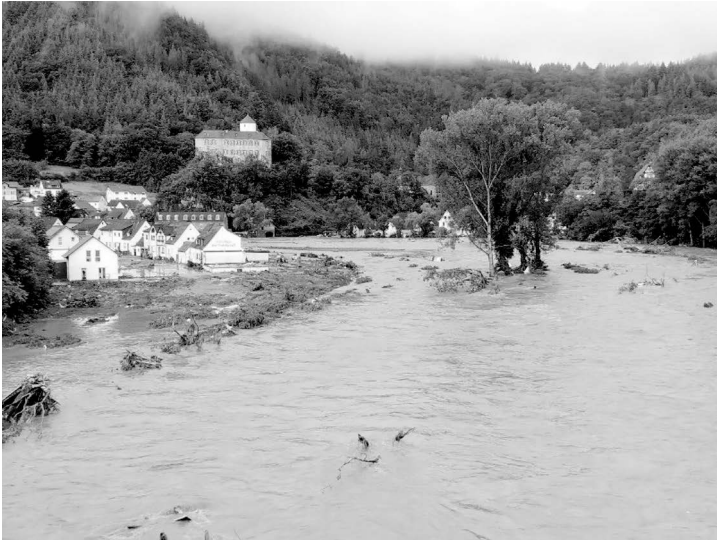
Das 21. Jahrhundert ist vom Kampf gegen die Klimakrise geprägt

Seit Jahren häufen sich die besorgniserregenden Nachrichten zum Klimawandel. Das Jahr 2018 war das bislang wärmste Jahr in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen Ende des 19. Jahrhunderts (DWD 2019). Jedoch steht das Jahr 2018 nicht alleine. Der Deutsche Wetterdienst spricht in Bezug auf das zurückliegende Jahrzehnt von einer »Häufung sehr warmer Jahre« (DWD 2021). Extremwetterereignisse nehmen in Folge des menschengemachten Klimawandels zu. Zuletzt wurde im Juli 2021 der Westen Deutschlands von starken Unwettern heimgesucht, auf die Flutkatastrophen und Schäden in bis dato unbekannter Höhe folgten.

Der Bundestag beschloss im September einen 30-Milliarden-Euro-Aufbaufonds für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete (Bundestag 2021). Zudem war 2021 das Jahr, in dem sich Gerichte in die Bekämpfung des Klimawandels einschalteten. So entschied das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021, dass Deutschland mehr zum Schutz des Klimas tun müsse (BVerfG 2021). Mehr und mehr zeichnet sich ab, dass die nächsten Jahrzehnte vom Kampf gegen den Klimawandel geprägt sein werden. Dieser setzt einen Umbau unserer Gesellschaft sowie technische und nicht-technische Innovationen voraus.

-
- 1 Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit dem Kultursektor eine Verantwortung bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung zukommt (vgl. Ellis 2021) sowie die mit der öko-sozialen Transformation verbundenen Herausforderungen zu reflektieren.
 - 2 An der Initiative sind u.a. Cultural Action Europe, die European Cultural Foundation sowie Europa Nostra als Koordinator der »European Heritage Alliance« beteiligt. Unter dem »#CulturalDealEU« wird eine Berücksichtigung der Kultur- und Kreativwirtschaft an den Milliardeninvestitionen im Rahmen des *European Green Deal* gefordert.
 - 3 Siehe z.B. das Projekt *Green Culture Desk* des Bundestagsabgeordneten Erhard Grundl oder die Initiative eines *Fair Green Cultural Deal* der bayerischen Landtagsabgeordneten Sanne Kurz (beide Bündnis 90/Die Grünen).

Abb. 2: Hochwasser in Altenahr-Kreuzberg, Rheinland-Pfalz, am 15. Juli 2021



Quelle: Wikimedia Commons, CC-Zero

Auch der Bundestagswahlkampf 2021 war neben der allgegenwärtigen Pandemiebekämpfung von einem Ringen um eine Klimapolitik für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts geprägt. Wahlsieger Olaf Scholz nannte wiederholt das Ziel, einen »Aufbruch« (Bundesregierung 2021) zu moderieren, der den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – insbesondere der Klimakrise – gewachsen ist. Zu diesem Zweck sollen Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur realisiert werden. So erklärte Scholz in seiner ersten Regierungserklärung am 15. Dezember 2021:

»Hinter uns liegen 250 Jahre, in denen unser Wohlstand auf dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas gründete. Jetzt liegen vor uns etwa 23 Jahre, in denen wir aus den fossilen Brennstoffen aussteigen müssen und aussteigen werden. Denn wir haben uns verpflichtet: Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Damit liegt vor uns die größte Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens 100 Jahren.« (Bundesregierung 2021)

Diese Transformation ist tatsächlich nötig: In Folge der industriellen Nutzbarmachung fossiler Brennstoffe wurde innerhalb weniger Generationen so viel CO₂ ausgestoßen, dass dramatische Folgen zu erwarten sind. Die Atmosphäre erwärmt sich zunehmend und zehntausende Arten auf unserem Planeten sind vom Aussterben bedroht. Wälder und Ozeane werden verschmutzt und zerstört (IPCC 2019). Ähnlich beschreibt auch der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin, selbst Ideengeber eines *Green New Deals* zur Überwindung des fossilen Zeitalters, die Herausforderung:

»Mehr als zweihundert Jahre lang von der fossilen Ablagerung des Karbons zu leben, hat uns in den falschen Glauben gewiegt, eine ebenso grenzen- wie endlose Zukunft

zu haben – eine Zukunft, in der alles möglich ist, ohne dass wir dafür eine allzu große Rechnung präsentiert bekommen. Wir haben uns eingebildet, die Herren unseres Schicksals zu sein und dass die Erde uns bedingungslos zur Verfügung steht.« (Rifkin 2019: 278)

Dass wir alles andere als »Herren unseres Schicksals sind«, zeigt uns nicht zuletzt die nunmehr seit zwei Jahren grassierende Covid-19-Pandemie. So weist ein Workshopbericht des Weltbiodiversitätsrat IPBES auf den Zusammenhang zwischen biologischer Vielfalt und Pandemien hin (IPBES 2020). Ebenso betont auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung »Globale Umweltveränderungen« die enge Verbindung von Mensch und Umwelt und argumentiert, dass die Covid-19-Pandemie zeigt, »wie verwundbar« und »eng verbunden mit der Natur wir sind« (WBGU 2020).

Der kulturpolitische Reset der Pandemie: Kulturpolitische Konzepte müssen für das 21. Jahrhundert neu interpretiert werden

Vor diesem Hintergrund stellt der Ausbruch der Covid-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 eine Unterbrechung bestehender Aktivitäten dar, die wie kein anderes Ereignis der letzten Jahrzehnte die Welt verändert hat. Die Kulturpolitik ist von einem grundsätzlichen Nachdenken betroffen, sodass vielfach die Reformulierung neuer Leitbilder sowie das Nachdenken über massive Investitionen und Strukturanpassungen in Erinnerung an den *New Deal* der 1930er Jahre zu beobachten ist (vgl. Russo 2018). Dabei steht Kulturpolitik vor der Herkulesaufgabe, die Neu-Interpretation und Ausgestaltung bestehender Konzepte und Legitimationsstrategien im laufenden Betrieb voranzutreiben. Als ob diese Aufgabe nicht schon groß genug wäre, ist Kulturpolitik durch die Pandemie einem anhaltenden Stresstest unterzogen.

Steigende Staatsverschuldung durch Hilfsprogramme auf der einen, Veranstaltungsausfälle und Kontaktbeschränkungen auf der anderen Seite führen seit Beginn der Covid-19-Pandemie zu einer dynamischen Dauer-Krise, auf die Kulturpolitiker*innen bereits unmittelbar reagieren mussten. In dieser Gemengelage intensiviert sich die Suche nach neuen kulturpolitischen Leitbildern und Visionen (vgl. Mohr 2020). Dies beinhaltet zweifelsohne auch die Anpassung an Digitalisierung, Organisationsstrukturen, Führungskultur, Aufarbeitung des Kolonialismus sowie Nachhaltigkeit. Dies impliziert aber auch die Weiterentwicklung bestehender Modelle und Strukturen, weswegen in der aktuellen Situation eine Linie zurück zur »Neuen Kulturpolitik« der 1970er Jahre (vgl. Zimmermann 2018: 18) gezogen werden kann.

In kulturpolitischen Wahlkampfreden ist es weit über alle Parteigrenzen hinweg üblich, den wolkigen Begriff »Kultur für Alle« zu bemühen. Das Modell beinhaltet die Idee, dass sich der »Kulturstaat« nur von der Basis aufbauen lässt (vgl. Hoffmann 1979: 20). Aus diesem Grund müssen alle Bürger*innen unabhängig ihrer Herkunft, ihres Einkommens und ihrer individuellen Voraussetzungen in die Lage versetzt werden, am kulturellen Leben teilzuhaben. Ähnlich wie der Begriff der »Soziokultur« entstand der Slogan »Kultur für Alle« in der Zeit nach der 68er-Bewegung. Hier forderte Willy Brandt »Mehr Demokratie wagen« und in allen Gesellschaftsbereichen wurden

Demokratisierungs- und Innovationsprozesse angestoßen. In Analogie zur damaligen Zeit kann Kulturpolitik heute den Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft begleiten und gestalten. Zukunftsängsten, etwa vor einem Krieg um Ressourcen, muss politisch mit einem Gesellschaftsentwurf begegnet werden, in dem ein gutes Leben nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist. Einen *Cultural Green Deal* zu forcieren, bedeutet deswegen, bestehende kulturpolitische Strategien im Angesicht einer neuen Zeit weiterzuentwickeln. Nachhaltigkeit als kulturelles Projekt zu verstehen, bietet die Möglichkeit, an die erfolgreiche kulturpolitische Theoriebildung der Vergangenheit anzuknüpfen und diese neu zu denken. Dabei muss die Vergangenheit alles andere als über Bord geworfen werden, da insbesondere die Auseinandersetzung mit den *Grenzen des Wachstums* anschlussfähig ist wie mit einem kurzen Rückblick auf die kulturpolitische Theoriebildung der 1970er Jahre gezeigt werden kann.

Kultur für Alle oder die Frage nach dem sinnvollen Konsum des gesellschaftlichen Reichtums

Die Formel »Kultur für Alle« geht auf das gleichnamige Standardwerk Hilmar Hoffmanns aus dem Jahr 1979 zurück. Zweifelsohne zählt es zu den prägendsten kulturpolitischen Schriften, deren Nachwirkungen bis heute anhält. »Kultur für Alle« bedeutet für Hoffmann, dass »jeder Bürger grundsätzlich [...] in die Lage versetzt werden [muss], Angebote in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen« (ebd.: 11). Dies impliziert keine »bloße Weitergabe eines kanonisierten ›Erbes‹« (ebd.: 11), sondern die Aufhebung aller Hindernisse wie Geld, Arbeitszeit, Familie, Bildung, oder Mobilität, »die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechende Aktivitäten auszuüben« (ebd.: 11). »Kultur für Alle« beruht auf einem erweiterten Kulturbegriff, der in enger Beziehung zum »alltäglichen, praktischen Leben« (ebd.: 14) steht. In der Folge wurde die Trennung zwischen Hoch- und Unterhaltungskultur zunehmend aufgelöst und zahlreiche Weiterentwicklungen des Leitbilds vorgenommen, etwa »Kultur mit allen« (vgl. Henze 2018).

Dabei legt Hoffmann großen Wert darauf, die spezifisch demokratische Bedeutung der Kultur zu betonen, worauf bereits der Fokus auf die »Basis« der »Kulturation« schließen lässt. »Eine demokratische Kultur«, so Hoffmann, »sollte nicht nur von dem formalen Angebot für alle ausgehen, sondern kulturelle Entwicklung selbst als einen demokratischen Prozess begreifen« (ebd.: 12). Dabei stelle die Teilhabe an der Kultur »eine Form sinnvollen Konsums gesellschaftlichen Reichtums« (ebd.: 12) dar.

Auf den ersten Blick mag es verwundern, die Verbindung von Klima- und Kulturpolitik unter Rückgriff auf Thesen aus dem Werk »Kultur für Alle« herzuleiten. Aber in Wirkung und Inhalt lohnt es, sich mit vergangenen kulturpolitischen Legitimationsstrategien auseinanderzusetzen. Den *Green Deal* kulturpolitisch zu vervollständigen, heißt nachhaltige Entwicklung als einen kulturellen Prozess zu begreifen und ein griffiges Leitbild für eine Vielzahl von kulturpolitischen Maßnahmen zu finden. Denn wenn es gelingen soll, die öko-soziale Transformation zu gestalten, spielt die *sinnvolle* Teilhabe an gesellschaftlichen Reichtum eine entscheidende Rolle. Sie steht in direktem

Zusammenhang zur Art und Weise der individuellen Lebensführung und dem Zugang zur Produktion und Rezeption von Kunst und Kultur.

So endet Hoffmanns Werk mit der Formulierung einer kulturpolitischen Vision, die trotz des erheblichen zeitlichen Sprungs auf die gegenwärtige Suche nach neuen kulturpolitischen Leitbildern bezogen werden kann. Diese findet sich in einem »Plädoyer für eine neue Freizeit- und Kulturpolitik«, das sich auf die 1972 vom Club of Rome veröffentlichten »Grenzen des Wachstums« (Club of Rome 1972) bezieht. In den Worten Hoffmanns: »Bei unabänderlich versiegenden Rohstoff-Ressourcen bedeutet Wachstum keine Größe mehr, auf die Politik sich gründen und Zukunft planen ließe. Im Gegenteil: Die Grenzen des Wachstums sind nicht unendlich, sondern degressiv« (Hoffmann 1979: 333). Deutlich formuliert »Kultur für Alle« hier eine auch für die heutige Zeit maßgebliche Erkenntnis: Die Erde steht uns nicht bedingungslos zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der Klimakrise kommt Hoffmanns Andeutung eine neue, existenzielle Bedeutung zu. Während heutzutage Schüler*innen im Rahmen der »Fridays for Future«-Proteste für eine nachhaltige Zukunft demonstrieren, schien für Hoffmann absehbar, dass »die Konsumgüter des schönen Überflusses nicht länger die Orientierungen unseres Lebens bestimmen werden« (ebd.: 333). Diese hoffnungsvolle Voraussicht erwies sich als Illusion. Tatsächlich scheint ein Ende des materiellen Überflusses heute weniger absehbar als Ende der 1970er-Jahre. Die letzten Jahrzehnte haben eine nachhaltige Zukunftsvision nicht Realität werden lassen. Weder hat die Erkenntnis der Grenzen des Wachstums zu einem Umdenken geführt, noch hat sich die gesellschaftliche Bedeutung des Konsums verringert. Im Gegenteil scheint die am Ende von »Kultur für Alle« vorgestellte Zukunft so fern wie eh und je. Nichtsdestotrotz lohnt es sich die letzten Worte aus »Kultur für Alle« wirken zu lassen. So schließt das Buch mit den Worten: »In dem Maße, wie dem Menschen der Zuwachs an freier Zeit wichtiger wird als der des materiellen Vermögens, bekommt sein Leben wieder einen höheren Sinn, ein Leben, worin die Kultur nicht nur die Stelle des Konsums einnimmt, sondern Kultur das Leben ist« (ebd.: 333).

In der Klimakrise kommt der Kultur eine neue Bedeutung zu. Anders als von Hoffmann gedacht, drehen sich jedoch viele klimapolitische Rettungsszenarien um die Nutzbarmachung *nachhaltigen* oder *grünen* Wachstums. So geht es dem Ökonomen Jeremy Rifkin in seinem *Green New Deal* auch darum, »die sozialen Aussichten und das wirtschaftliche Wohlergehen aller Amerikaner zu verbessern« (Rifkin 2019: 50). Gerade aus diesem Grund gilt es, den nunmehr möglichen Aufbruch in eine post-fossile Zukunft mit einer eigenständigen, zusammenhängenden und nicht minder visionären Kultur-Agenda zu versehen.

Der Cultural Green Deal als überzeugendes kulturpolitisches Narrativ und politisches Querschnittsthema

Die 1970er-Jahre legten die Grundlagen für das heutige Verständnis von Umweltproblematiken. In der Dramatik sind wir heute mit den Konsequenzen konfrontiert. Mehr denn je sind die Ressourcen Kreativität und Fantasie gefragt. Mehr denn je braucht es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um die Folgen des Klimawandels abzu-

schwächen und zu bewältigen. Eine Möglichkeit, genau diese Potenziale von Kunst und Kultur zu mobilisieren, liegt in der kulturpolitischen Institutionalisierung von Nachhaltigkeit. Wie diese genau aussieht oder wie sie bezeichnet wird, muss Gegenstand kulturpolitischer Debatten sein. Dabei besteht die Möglichkeit, im Kontext eines möglichen *Cultural Green Deals* an dem Konzept *Kultur für Alle* festzuhalten, diese aber vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels und der notwendigen sozio-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in einer großen Kraftanstrengung für eine kommende, gerechtere und lebenswertere Zukunft zu rekonzipieren.

Gerade in Abgrenzung zu Modellen der wirtschaftlichen Nutzbarmachung eben jener persönlichen Ressourcen Kreativität und Fantasie sollte die gemeinwohlorientierte Dimension kultureller Bildung gestärkt und kulturellen, bildungstechnischen und ökonomischen Ungleichheiten entgegengewirkt werden, die durch Marktlogiken verstärkt werden. Ebenso wird die für das 21. Jahrhunderte zentrale Abkehr von fossilen Energieträgern zentral gesetzt und nach Möglichkeiten des Kulturbetriebs gesucht, diesen Wandel kulturell greifbar und wirkmächtig zu machen. Im Kontext des *Cultural Green Deals* sollen mehr Bürger*innen kulturelle Angebote wahrnehmen und das Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für all jene Bürger*innen aktualisiert werden.

Dem Klimawandel muss mit einer Neuausrichtung politischen und wirtschaftlichen Handelns über den Horizont einzelner Legislaturperioden begegnet werden. Dabei ist es zentral, zu vermitteln, dass eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung zur Bekämpfung des Klimawandels auch zu mehr Lebensqualität führen kann. Kulturpolitische Entscheidungen heute können deswegen den Grundstein für eine gerechtere Welt legen, in der in Zukunft mehr Menschen Zugang zu Kunst und Kultur haben und ein gutes Leben im Zentrum des gesellschaftlichen Fortschritts steht.

Nachhaltigkeit als klimapolitisches Leitbild zu entwickeln, bedeutet, ein institutionelles Bekenntnis unter Beweis zu stellen, also nicht nur ästhetisch-diskursiv, sondern organisatorisch-praktisch zu handeln. So wird der Kultursektor vom ideellen Impulsgeber zum praktischen Trendsetter. Dabei kann die Auseinandersetzung mit den vielfältigen Dimensionen der Nachhaltigkeit der Kulturpolitik langfristige Impulse im Sinne eines stabilen Leitbilds in einer sich verändernden Welt bieten, in der Orientierung schwerfällt.⁴ Dabei könnten Ziele von der konkreten CO₂-Einsparung und Ressourcenschonung über dezentrale Energiegewinnung bis zur Auseinandersetzung mit post-fossilen Zukunftsentwürfen reichen. Zentraler Bestandteil einer solchen Agenda ist deren kulturelle Ausgestaltung über wirtschaftspolitische Maßnahmen hinaus.⁵ Wenn es gelingt, den Green Deal mit einer anspruchsvollen kulturpolitischen Agenda zu versehen, kann die wirtschaftliche Wiederbelebung in der Post-Corona-Zeit zu mehr Selbstbestimmung und einer Aktualisierung kulturpolitischer Legitimationsstrategien führen. Welcher Begriff diesen Aufbruch beschreibt ist nachrangig. Wichtig ist, ein möglichst rasch und umfassend erfolgender kulturpolitischer Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise.

4 Im Gegensatz zu vielen Ländern (z. B. dem Vereinigten Königreich) bleiben in Deutschland kulturpolitische Ziele jenseits bloßer Finanzierung allzu oft unterbestimmt.

5 Siehe die Bestrebung »Kulturagenda 2030« der Kulturpolitischen Gesellschaft zur Neuformulierung eines nachhaltigen Kulturmanifests (Weiß/Mohr/Atzpodien 2021).

Literatur

- Bundesregierung (2021): »Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz«, *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 150-1, 15.12.2021, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-1992008> (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Bundesverfassungsgericht (2021): »Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021«, 24.03.2021, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidung/en/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Deutscher Bundestag (2021): »Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens ›Aufbauhilfe 2021‹ und zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Starkregenfällen und Hochwassern im Juli 2021 sowie zur Änderung weiterer Gesetze«, 20.08.2021, <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-errichtung-eines-sondervermo%C3%B6gens-aufbauhilfe-2021-und-zur-vor%C3%BCbergehenden/281195> (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- DWD (2021): »Klimatologischer Rückblick auf 2020: Eines der wärmsten Jahre in Deutschland und Ende des bisher wärmsten Jahrzehnts«, *Deutscher Wetterdienst*, 07.01.2021, https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle_meldungen/201230/Deutschland_Klimarueckblick_2020.html (letzter Zugriff: 10.05.2022).
- DWD (2019): (2019): »Rückblick auf das Jahr 2018 – das bisher wärmste Jahr in Deutschland«, *Deutscher Wetterdienst*, 02.01.2019, https://www.dwd.de/DE/leistung/en/besondereereignisse/temperatur/20190102_waermstes_jahr_in-deutschland_2018.html (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Ellis, Adrian (2021): »We don't know when last orders will be called at the last chance saloon«: how culture is feeling the climate change heat«, *The Art Newspaper*, 02.11.2021, <https://www.theartnewspaper.com/2021/11/02/we-dont-know-when-last-orders-will-be-called-at-the-last-chance-saloon-how-culture-is-feeling-the-climate-change-heat> (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Europäische Kommission (2019): »The European Green Deal«, 11.12.2019, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Henze, Raphaela (2018): »›Kultur mit allen‹ statt ›Kultur für alle‹. Demokratisierung von Kunst und Kultur im 21. Jahrhundert«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.) (2018): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18*, Bielefeld: transcript, S. 329-339
- Hoffmann, Hilmar (1979): *Kultur für Alle. Perspektiven und Modelle*, Frankfurt a.M.: S. Fischer
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2019): »Summary for Policymakers«, in: *IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate*, <https://www.ipcc.ch/srocc/chapter/summary-for-policymakers/> (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (2020): »IPBES Workshop on Biodiversity and Pandemics. Workshop Report«, <https://ipbes.net/pandemics> (letzter Zugriff: 10.05.2022).
- Klein, Naomi (2019): *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann*, Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Meadows, Dennis/Meadows, Donella H./Zahn, Erich (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart: DVA
- Mohr, Henning (2020): »In der Zukunftsgefährdungshaltung. Überlegungen zur Notwendigkeit einer innovationsorientierten Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, 1/2020, Nr. 168, S. 6-7
- Rifkin, Jeremy (2019): *Der globale Green New Deal. Warum die Fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann*, Frankfurt/New York: Campus
- Russo, Jillian (2018): »The Works Progress Administration Federal Art Project Reconsidered«, in: *Visual Resources*, Heft 34, Nr. 1-2, S. 13-32
- Vereinte Nationen (2015): »Übereinkommen von Paris«, <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> (letzter Zugriff: 10.05.2022)
- Weiß, Ralf/Mohr, Henning/Atzpodien, Uta (2021): »20 Jahre Tutzingener Manifest Vom Wandel durch Annäherung zur kulturellen Nachhaltigkeitstransformation«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, 4/2021, Nr. 175, S. 43-44
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2021): »Planetare Gesundheit: Worüber wir jetzt reden müssen« <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/planetare-gesundheit-worueber-wir-jetzt-reden-muessen> (letzter Zugriff: 10.05.2022).
- Zimmermann, Olaf (2018): »Aufbruch zu neuen Ufern oder wie die Bundeskulturpolitik sichtbar wurde«, in: Zimmermann, Olaf (2018): *Wachgeküsst 20 Jahre neue Kulturpolitik des Bundes 1998–2018*, Berlin: Deutscher Kulturrat S. 18-103

